

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Landesamtsdirektion
Abteilung Landesamtsdirektion/Internationale, Europäische und
Protokollarische Angelegenheiten
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des NÖ Landtages
Herrn Ing. Johann Penz

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 30.07.2014

zu Ltg.-**341-1/A-3/17-2014**

~~-Ausschuss~~

Beilagen
LAD1-IP-E-3025/016-2014 3
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: post.lad1protokoll@noel.gv.at
Fax 02742/9005-15400 Internet: <http://www.noel.gv.at>
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005	Durchwahl	Datum
Ltg.-341-1/A-3/17-2014	Dr. Monika Stief-Kótrnec	13285		29. Juli 2014

Betrifft

Beachtung der europäischen Standards bei den Verhandlungen zu einem Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP); Resolution des NÖ Landtages vom 10. April 2014, Ltg.-341-1/A-3/17-2014

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 10. April 2014, Ltg.- 341-1/A-3/17-2014 ist die NÖ Landesregierung bei der Bundesregierung vorstellig geworden und hat sie aufgefordert, sich bei den Verhandlungen auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass das derzeit vorliegende Freihandelsabkommen TTIP so nicht abgeschlossen werden darf und daher alle Möglichkeiten des gegenseitigen Informationsaustauschs zwischen den europäischen Institutionen untereinander sowie auch gegenüber den Mitgliedstaaten bereits vor Abschluss der Verhandlungen bestmöglich ausgeschöpft werde;

weilers, dass mit Nachdruck auf eine Beibehaltung der hohen europäischen Standards insbesondere in den Bereichen Arbeitsrecht, Produktsicherheit sowie beim Verbraucher-, Gesundheits-, Umwelt-, Tier- und Datenschutz gedrängt wird und

dass durch das Freihandelsabkommen auch weiterhin die Beachtung der nationalen Rechtsvorschriften durch internationale Konzerne sichergestellt bleibt und nicht durch Investitionsschutzverträge ausgehöhlt wird.

Gemäß der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung ist dieser Beschluss federführend von der Abteilung Landesamtsdirektion, Stabstelle Internationale, Europäische und Protokollarische Angelegenheiten zu vollziehen.

Dazu wird folgender Bericht abgegeben:

Am 20. Mai 2014 richtete Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll ein Schreiben an das Bundeskanzleramt, an das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres und an das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (siehe Beilage 1).

In der Folge sind zwei Antwortschreiben bei Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll eingegangen, die an dieser Stelle kurz zusammengefasst werden:

Der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres teilt in seinem Antwortschreiben vom 4. Juni 2014 (siehe Beilage 2) mit, dass das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres sich stets für eine transparente Verhandlungsführung eingesetzt hat und eine öffentliche Debatte über das TTIP unterstützt.

Begrüßt werden die möglichst breite Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen, wie Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden, Interessensverbänden und Standesvertretungen an den Informationsveranstaltungen der Kommission sowie die öffentliche Konsultation zum Investitionsschutz.

Nach den Aussagen des Chefunterhändlers der EU bei den TTIP-Verhandlungen sollen die in der EU erreichten Standards nicht aufgegeben und in Gesundheits- und Umweltschutzfragen keine Kompromisse eingegangen werden.

Der Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft hat in seinem Antwortschreiben vom 7. Juli 2014 (siehe Beilage 3) zunächst unterstrichen, dass Österreich das Verhandlungsmandat der Kommission vollinhaltlich mitträgt. Die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten werden von der Kommission im Ratsausschuss für Handelspolitik über die aktuellen Verhandlungen informiert. Die Kommission berät sich mit

den Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten über die weiteren Verhandlungsschritte. Im Ratsausschuss nehmen Vertreter des federführend zuständigen Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft teil. Ebenso werden das Europäische und das österreichische Parlament laufend über den Verhandlungsfortgang informiert. Am innerösterreichischen Koordinierungsprozess nehmen neben den Vertretern der betroffenen Ministerien auch die Sozialpartner teil. Um ein erfolgreiches Verhandlungsergebnis sicherzustellen, darf die EU-Verhandlungsposition nicht dadurch geschwächt werden, dass noch zu verhandelnde Textentwürfe veröffentlicht werden. Das entspräche zudem weder der österreichischen noch der EU-Rechtsslage.

Die TTIP-Verhandlungen bieten nach Ansicht des Bundesministers eine Gelegenheit, die hohen EU-Standards auf globaler Ebene zu verankern. Im Verhandlungsmandat ist festgelegt, dass jeder Vertragspartner weiterhin das Schutzniveau für Gesundheit, Sicherheit, Konsumenten-, Arbeits- und Umweltschutz nach eigenem Ermessen festlegen können soll. Österreich setzt sich speziell für das Vorsorgeprinzip ein.

Das Investitionsschutzabkommen und insbesondere die Investor-Staat-Streitbeilegung machen nach Ansicht des Bundesministers Sinn, weil nationale Gerichte über wenig Erfahrung mit der direkten Anwendung völkerrechtlicher Verpflichtungen verfügen und daher die Anrufung eines Schiedsgerichts die mitunter einzige Möglichkeit der Rechtsdurchsetzung für Investoren darstellt. In den USA besteht zudem das Risiko für Investoren, dass Zivilklagen oft vor Geschworenengerichten verhandelt werden. Die Zustimmung Österreichs zum Verhandlungsergebnis wird u.a. davon abhängen, ob in Fragen wie der Vorhersehbarkeit und Verfahrenstransparenz zufriedenstellende Lösungen gefunden werden.

Der Bundesminister betont zuletzt, dass nach dem heutigen Informationsstand und dem Verhandlungsmandat davon auszugehen ist, dass der Text des Abkommens sowohl vom Europäischen Parlament als auch von den 28 nationalen Parlamenten zu ratifizieren ist. Eine Ratifizierung des Abkommens ohne Zustimmung der Mitgliedstaaten lehnt die österreichische Regierung ab.

Über diese Antwortschreiben der Bundesminister hinaus wird die NÖ Landesregierung weiterhin die laufenden Verhandlungen zum Abkommen TTIP – vor allem in Anbetracht der in der Resolution zum Ausdruck gebrachten Anliegen des Landtags von Niederösterreich – aufmerksam im Auge behalten.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
Dr. Erwin P R Ö L L
Landeshauptmann